

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Aufgaben und Zusammensetzung der „Kommission Universitätsmedizin 2020+“

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mit dem Anspruch, dass die Ökonomisierung nicht vor dem Patientenwohl stehen dürfe, hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine unabhängige „Kommission Universitätsmedizin 2020“ ins Leben gerufen. Ziel soll es sein, Strukturen und Vorgänge an den Universitätskliniken in Rostock und Greifswald zu untersuchen und Vorschläge zu deren künftigen strategischen Ausrichtung sowie zur Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen im Hochschulbereich und dem Gesundheitswesen zu unterbreiten.
2. Der Landtag bekräftigt den inhaltlichen Anspruch der Kommissionsbildung. Zugleich kritisiert er die Intransparenz des konkreten Untersuchungsauftrages und die Zusammensetzung der Kommission. Der Landtag erwartet, dass auch Vertreter des Landtages in die Arbeit der Kommission einbezogen werden. Da die Kommission auch politische Grundsatzfragen prüfen und erörtern soll, ist eine frühzeitige Mitwirkung des Landtages geboten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass jede Fraktion jeweils ein Mitglied für die Arbeit der Kommission benennen kann. Zudem soll der Aufgabenbereich der Kommission erweitert werden. Sie soll insbesondere auch Geschäftspraktiken der Vorstände, Regelungen in den Chefarztverträgen sowie Zielvereinbarungen im Hinblick auf die gesetzlichen Aufgaben und Ziele der Universitätsmedizin analysieren. Weiterhin soll die Kommission die Tätigkeit der Aufsichtsräte ergebnisoffen untersuchen. Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass die Arbeit der Kommission transparent gestaltet wird.

- III. Vor dem Hintergrund der erweiterten Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Kommission empfiehlt der Landtag der Landesregierung, die bisherige Bezeichnung „Kommission Universitätsmedizin 2020“ durch die Bezeichnung „Kommission Universitätsmedizin 2020+“ zu ersetzen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Am 20. August 2018 hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Birgit Hesse, im Wege einer Pressemitteilung die Bildung einer „Kommission Universitätsmedizin 2020“ bekannt gegeben. Zur Zusammensetzung der Kommission wurden mit Ausnahme des Vorsitzes keine Angaben gemacht. Hinsichtlich der inhaltlichen Aufgaben der Kommission war lediglich zu erfahren, dass Empfehlungen zur Ausgestaltung des Landeshochschulgesetzes oder die Erarbeitung von Zielvereinbarungen mit den Universitäten erwartet werden.

Da die Bildung der Kommission in engem Zusammenhang mit den im Juni bekannt gewordenen Geschäftsgebaren an der Universitätsmedizin Rostock zu sehen sind, ist auch hierzu eine politische Aufarbeitung unabhängig von einer juristischen Aufarbeitung zu leisten. Abgesehen davon, hat die Ministerin klargestellt, dass die Spezifik der Arbeit der Kommission in der Behandlung politischer Fragestellungen liege. Eine derartige Aufgabenstellung sollte nicht ohne Einbeziehung von Vertretern des Parlaments erfolgen.